

Stadtrat stellt sich gegen OB...



Dem Stadtrat stehen drei verschiedene Besetzungsverfahren für Aufsichtsräte zur Verfügung. Die Stadträtinnen und Stadträte können sich auf eine Gesamtbesetzung der Aufsichtsräte einigen. Eine Einigung über Kandidatinnen und Kandidaten der AfD? Für viele ausgeschlossen. Die Fraktionen des Stadtrates können ihre Mitglieder benennen. Das würde die Großen bevorzugen, die kleineren Fraktionen würden komplett oder weitestgehend leer ausgehen. Nach demokratischen Gesichtspunkten fragwürdig. Die dritte

Beim Streit um die Aufsichtsräte der letzten Wochen denken viele an Postengeschacher. Dass dahinter ein politischer Konflikt steht, hat ausgerechnet Dirk Hilbert offengelegt.

Variante ist die Wahl, gegen die der Oberbürgermeister in den letzten Wochen zu Felde zog – bis vor die Landesdirektion, die kommunale Rechtsaufsicht. Nur: die sieht eine Wahl der Aufsichtsräte als rechtlich möglich an.

Der Privatisierer stellt sich quer

Dem FDP-Oberbürgermeister schmeckte das nicht, immer wieder ließ er die Besetzung vertagen. Sein offenkundiges Ziel: Einen rechtssicheren Weg der Besetzung der Aufsichtsräte untergraben, um die kommunalen Unternehmen der politischen und damit gesellschaftlichen Kontrolle zu entziehen. "Oberbürgermeister Hilbert hat sich nicht mit Ruhm bekleckert. Sein Desinteresse an der Lösung vorhandener Schwierigkeiten hat zu unnötigen Verzögerungen und vermeidbaren Auseinandersetzungen geführt", schätzte Fraktionsvorsitzender **André Schollbach** ein und stand damit in der Öffentlichkeit nicht allein. Nachdem der Oberbürgermeister die Besetzung der Aufsichtsräte zweimal vertagt hatte, erzwangen die Stadträtinnen und Stadträte von Grün-Rot-Rot die Besetzung auf einer Sondersitzung.

Öffentliche Kontrolle zurückgewonnen

Am Donnerstag setzten DIE LINKE und ihre Partnerinnen die demokratische Kontrolle von Unternehmen unter anderem der öffentlichen Daseinsvorsorge letztendlich durch. Gegen den Privatisierer Hilbert und die rechte Seite des Rates, die bis zuletzt untereinander versucht hatte, die eigenen Stimmen bei der Besetzung der Posten zu maximieren. Wer öffentliche Unternehmen öffentlich kontrollieren will, muss einen langen Atem haben. Gut, dass Grün-Rot-Rot genau diesen bewiesen hat. ■



...und selbst ein Bein

Auch das gibt es: Am Donnerstag gab es im Stadtrat eine Mehrheit gegen die Erhöhung der Preise von Abo-Tickets in Bus und Bahn. Und doch wird die Erhöhung kommen.

Die Zeit drängte. Am Tag vor der Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes Oberelbe hatte sich der Stadtrat am Donnerstag zu seiner Sondersitzung zusammengefunden. Die Idee: die Dresdner Mitglieder der Versammlung darauf verpflichten, eine Erhöhung der Abo-Ticketpreise in Dresden zu verhindern. Zur Deckung der entstehenden Kosten schlug der Oberbürgermeister die Erhöhung der Parkgebühren vor, die seit 13 Jahren nicht mehr erhöht worden waren. Selbst die CDU war bereit dazu – unter der Bedingung, dass dabei Gebührenerleichterungen für Handwerker, im sozialen Dienst Tätige und Berufspendler berücksichtigt würden. DIE LINKE moderierte die entsprechende textliche Kompromissfindung. Nur: Grüne und SPD wollten diesen Ausnahmen nicht zustimmen, die CDU einer pauschalen Erhöhung ebenfalls nicht. So kam es zu gar keinem Beschluss und die Ticketpreise steigen.